

Symposium „Parlament im Wandel“

Am 17. November eröffnete Landtagspräsident Christian Carius das Symposium „Parlament im Wandel“ im Plenarsaal des Thüringer Landtags. Renommierte Referenten beleuchteten das Thema von verschiedenen Seiten. Meinungsforscher Reinhard Schlinkert (Geschäftsführung dimap) stellte eine repräsentative Umfrage zur Wahrnehmung des Thüringer Landtags in der Öffentlichkeit vor und erläuterte deren Ergebnisse dem Publikum. Des Weiteren referierten Prof. Sabine Kropp (FU Berlin) unter der Überschrift „Legitimation und Repräsentanz des Parlaments“ sowie Prof. Heinrich Oberreuter (Universität Passau) über das Thema Transparenz und Nachvollzieh-



barkeit parlamentarischer Prozesse. Auf einer Pressekonferenz sagte Landtagspräsident Christian Carius: „Die Studie hat gezeigt, dass die parlamentarische

Arbeit von vielen Menschen wahrgenommen wird und ein Großteil mit deren Außendarstellung zufrieden ist. Dennoch bleibt es gerade in Zeiten sin-

kender Wahlbeteiligung unsere Aufgabe, Politik als Gestaltung von Lebenswirklichkeit an noch mehr Bürgerinnen und Bürger und vor allem jüngere Menschen zu vermitteln“, so Carius. Ende September wurden im Auftrag des Thüringer Landtags 1.002 wahlberechtigte Thüringerinnen und Thüringer telefonisch u.a. über die Zufriedenheit mit der Abgeordnetenarbeit und den Informationsangeboten zum parlamentarischen Geschehen befragt. Alle Ergebnisse der Umfrage sind auf der Homepage des Thüringer Landtags unter www.thueringer-landtag.de einsehbar.



Symposiumsteilnehmer: v.l.n.r. Reinhard Schlinkert (dimap), Landtagspräsident Christian Carius, Prof. Sabine Kropp sowie Prof. Heinrich Oberreuter



Meinungsforscher Reinhard Schlinkert erläutert im Landtag die Ergebnisse der Umfrage.



Diskurs: Prof. Heinrich Oberreuter (links) und Landtagspräsident Christian Carius

Kurz gemeldet

Die Landesgruppe Thüringen des Verbands der kommunalen Unternehmen e.V. (VKU) veranstaltete am 25. November einen Parlamentarischen Abend im Thüringer Landtag. Landtagspräsident **Christian Carius** sprach während der Eröffnung zur Notwendigkeit verlässlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen für Thüringer Stadtwerke bei der Umsetzung der Energiewende. +++ Am 18. November 2015 eröffnete Landtagspräsident **Carius** als Schirmherr die Auftaktveranstaltung zur diesjährigen Ausgabe von „Thüringen sagt Ja zu Kindern“ in Jena. Er selbst ist Pate des Projekts „Kinderakademie Villa Amalie im Familienzentrum Sonneberger Spielzeugwelt e.V.“, das Kinder aller Altersstufen, Schulformen und sozialer Herkunft an die Tradition der Spielzeugherstellung heranführt. +++ Landtagspräsident **Christian Carius** trug sich am 16. November gemeinsam mit Ministerpräsident **Bodo Ramelow** anlässlich der Pariser Terroranschläge vom 13. November 2015 in das Kondolenzbuch des Freistaats ein.

Die Landesbeauftragten

Der Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
[http://www.
buergerbeauftragter-
thueringen.de/](http://www.buergerbeauftragter-thueringen.de/)
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: [buergerbeauftragter@
landtag.thueringen.de](mailto:buergerbeauftragter@landtag.thueringen.de)

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit
www.tlfdi.de
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: [poststelle@datenschutz.
thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)

Landesbeauftragter des
Freistaats Thüringen zur
Aufarbeitung der
SED-Diktatur (ThLA)
www.thla-thueringen.de
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: info@thla.thueringen.de

IMPRESSUM



Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Fried Dahmen

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch per
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004
poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Der Bürgerbeauftragte

Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen: Zusammenarbeit zwischen dem Landesnetzwerk IQ in Thüringen und dem Thüringer Bürgerbeauftragten

Angesichts der wachsenden Zahl von Asylbewerbern in Thüringen gibt es einen steigenden Beratungsbedarf hinsichtlich der Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen. Weil sich zunehmend betroffene Menschen auch an den Thüringer Bürgerbeauftragten wenden, traf er sich im September mit zwei Vertreterinnen des Landesnetzwerkes „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) in Thüringen.

Das Landesnetzwerk ist eines von insgesamt 16 bundesweit aktiven Netzwerken, die in dem Förderprogramm bereits seit 2005 arbeiten. Das Programm kümmert sich darum,

Zuwandernden und Menschen mit Migrationshintergrund den Weg in den Arbeitsmarkt zu ebnen. Die Beratung umschließt auch Hilfen bei der Übersetzung von Zeugnisdokumenten. Außerdem werden Ratsuchende zu Antragsstellung, Anpassungsqualifizierungen bzw. Ausgleichsmaßnahmen beraten, um möglichst schnell eine volle Anerkennung ihrer Abschlüsse zu erreichen.

Im Sinne einer effizienten Beratung betroffener Personen vereinbarten Bürgerbeauftragter und die Vertreterinnen des Landesnetzwerkes IQ in Thüringen eine Zusammenarbeit. Herzberg dazu: „Es ist wichtig,

dass wir voneinander wissen und dort, wo es nötig ist, auf die Hilfsangebote hinweisen, um schnell und effektiv Ratsuchende unterstützen zu können. Denn so können die notwendigen Unterlagen beigebracht, Voraussetzungen für eine Antragstellung berücksichtigt sowie Um- und Irrwege im Verwaltungsdienst nicht verhindert werden. Außerdem braucht es gerade im Blick auf die Verfahrenszeiten bei der Anerkennung von Abschlüssen vielleicht manchmal auch die kritische Nachfrage des Bürgerbeauftragten, um im Sinne der Menschen zeitnah zu den notwendigen Entscheidungen zukommen.“

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

UNSAFE HARBOR

Dr. Hasse: Der EuGH hat den „unsicheren Hafen“ endlich geschlossen!

„Mit seinem Urteil zum Safe-Harbor-Abkommen (zu Deutsch: Sicherer-Hafen-Abkommen) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 6. Oktober 2015 die Rechtspositionen der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder deutlich gestärkt – dies ist ein Meilenstein für den Datenschutz in Europa, Deutschland und in Thüringen“, kommentierte Thüringens Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLFDI), Dr. Lutz Hasse, die Entscheidung der Luxemburger Richter. Der EuGH habe den „unsicheren Hafen“, so Hasse, zu Recht geschlossen und die Feststellung der Europäischen Kommission, dass der Hafen sicher sei, für ungültig erklärt,

weil kein ausreichender Schutz vor Grundrechtseingriffen durch amerikanische Behörden gegeben sei. „Das haben die deutschen Datenschutzbehörden seit Sommer 2013 immer wieder kritisiert“, erinnerte Hasse. Denn die Grundsätze dieses Abkommens zur Erforderlichkeit und der Zweckbindung eines behördlichen Datenzugriffs von US-amerikanischen und anderen Sicherheitsdiensten wurden schlichtweg ignoriert. Erfreut zeigte sich der TLFDI auch über den klaren Hinweis des EuGH, dass die Kommission keine Kompetenz hatte, die Befugnisse der nationalen Datenschutzbehörden mit der Unterzeichnung des Safe-Harbor-Abkommens zu beschränken. Vielmehr soll

ein Klagerecht der Datenschutzbeauftragten gegen Kommissionsentscheidungen eingeführt werden. Hasse: „Damit stärken die Luxemburger Richter erneut die Unabhängigkeit der Datenschutzbehörden.“ Zudem empfahl Hasse, den Entwurf der EU-Datenschutz-Grundverordnung nach dem EuGH-Urteil zu überdenken. Welche Auswirkungen das Safe-Harbor-Urteil auf Behörden und Unternehmen auch in Thüringen haben wird, ist dem Positionspapier der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder zu entnehmen, das auf der Seite des TLFDI (www.tlfdi.de) abrufbar ist. Weitere Unterlagen des TLFDI hierzu sind in Vorbereitung.

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Persönliche Erfahrungen versus Akten.

Das Quellen-Zeitzeugenprojekt des Landesbeauftragten verdeutlicht das Vorgehen der DDR-Bürokratie gegen nicht staatskonforme Meinungen und kontrastiert persönliches Erleben mit den Darstellungen in MfS-Quellen.

Die DDR selbst ist Vergangenheit. Offen bleibt jedoch die Bewältigung des Erlebten durch die Opfer der SED-Diktatur, offen bleibt auch wie junge Menschen und zukünftige Generationen die einstige Realität der DDR wahrnehmen können.

Gespräche mit Zeitzeugen verdeutlichen eindrucksvoll die Lebensumstände und Repression in der DDR. In der Auseinandersetzung mit den Akten des MfS und demgegenüber der persönlichen Schilderung der Si-

tuation und ihrer Folgen durch die Zeitzeugen, ergibt sich ein umfassender Eindruck erlebter Geschichte. Den Adressaten dieses Quellen-Zeitzeugen-Projektes, vor allem Schülerinnen und Schüler, sollen dabei die Widersprüche zwischen der Darstellung in den Akten und der damaligen und heutigen Sicht der Betroffenen deutlich werden. Die Reflektion dieser Widersprüche führt zu einer selbst erarbeiteten Quellenkritik und macht es möglich, sich anhand ausgewählter Fäl-

le eine eigene Meinung über die nicht selbst-erlebte Zeit zu bilden. Damit wird zu der abgeschlossenen Schilderung in den Geschichtsbüchern ein konkreter Bezug hergestellt.

Zur Methodik und Relevanz der Quellen-Zeitzeugen-Projekte spricht Dr. Matthias Wanitschke im Rahmen der Vortragsreihe des Landesbeauftragten, „Der Quellenwert der Stasi-Akten für die zeitgeschichtliche Forschung“, am 08.12.2015 um 18:00 Uhr im Erfurter Collegium Maius.